

„Schwierigster Auftrag meines Lebens“

Auch Spaniens Kirche hat nun eine Kommission, die Fälle von Missbrauch aufklären soll. Der Chef ist Opus-Dei-Mitglied

VON KARIN JANKER UND ANNETTE ZOCH

Madrid/München – „Wir doch nicht“, so lautete lange die Haltung der katholischen Kirche in Spanien zu Fällen sexueller Missbrauchs. Während sich in Europa, in Irland, Frankreich und Deutschland, die Berichte über Fälle sexualisierter Gewalt häuften, sahen die spanischen Bischöfe lange keine Notwendigkeit, Meldungen aus der eigenen Kirche systematisch auf den Grund zu gehen. Dies änderte sich nicht einmal, nachdem Reporter der Zeitung *El País* im Jahr 2021 Ergebnisse einer mehrjährigen Recherche veröffentlicht und ihren Bericht sogar Papst Franziskus übergeben hatten.

Dem Bericht zufolge gab es mindestens 945 Missbrauchsfälle in den vergangenen 30 Jahren. Franziskus ordnete zwar eine Prüfung an, von einer umfassenden Aufarbeitung wollten die spanischen Bischöfe aber nichts wissen. Man verfolge lieber einen „dezentralen Ansatz“, sagte der Erzbischof von Barcelona und Vorsitzende der spanischen Bischofskonferenz, Kardinal Juan José Omella, noch Mitte Januar 2022.

Erst als absehbar war, dass Spaniens Parlament Anfang Februar auf Antrag der drei linken Parteien Podemos, ERC und EH Bildu eine unabhängige parlamentarische Untersuchungskommission beschließen würde, sahen sich auch die Bischöfe unter Zugzwang. Das Episkopat beauftragte die Madrider Großkanzlei Cremades und Calvo-Sotelo mit einer unabhängigen Untersuchung und versprach ihr unbegrenzten Zugang zu allen Archiven. „Im Januar wurden wir gefragt, ob wir Teil einer internen Untersuchungskommission in der Bischofskonferenz werden wollen“, erzählt Kanzleichef Javier Cremades der *Süddeutschen Zeitung*. Er habe den Bischöfen geantwortet, dass dies nicht sinnvoll sei, „denn die Gesellschaft ist an einer unabhängigen Aufarbeitung interessiert“. Und brachte ins Spiel, was er den „deutschen Weg“ nennt: „Ihr, die Bischöfe, beauftragt eine unabhängige Kanzlei und gebt ihr Zugang zu allen Archiven und Registern.“

30 internationale Experten, unter ihnen Münchner Anwälte, beraten die Kommission

So geschah es und seither arbeiten 22 Juristen an einer Studie gewaltigen Umfangs: Es geht keine zeitlichen und keine institutionellen Grenzen, untersucht werden sollen alle Diözesen und alle Orden, berichtet Cremades. „Es ist eine sehr komplexe und komplizierte Untersuchung, und wir werden nur die Spitze des Eisbergs abbilden können. Auch wenn wir uns natürlich bemühen, in die Tiefe zu gehen.“ Mindestens drei Jahre würde eine solche Untersuchung benötigen, sagt Cremades. „Unser Problem ist aber: Wir sind so spät dran, wir haben diese Zeit nicht mehr.“ Ziel sei deshalb eine Veröffentlichung im Laufe des Jahres 2023. Cremades lässt sich bei seiner Untersuchung von 30 externen internationalen Fachleuten beraten. Auch die Münchner Rechtsanwälte der Kanzlei Westpfahl Spilker Wasil, die das Missbrauchsgutachten für die Erzdiözese Mün-

chen und Freising erstellt hatten, beraten die Madrider Kanzlei.

Doch die Studie ist in Spanien umstritten: Denn Cremades selbst ist Mitglied des Opus Dei, einer einflussreichen konservativen Priester- und Laienvereinigung, 1928 vom Priester Josemaría Escrivá in Madrid gegründet. Ana Cuevas, Vorsitzende des größten Verbands von Missbrauchsopfern in Spanien „Infancia Robada“, spricht von einem Interessenskonflikt, in dem sich Anwalt Cremades und Teile seines Teams befänden. Cuevas' Sohn, heute 25, wurde, als er 12 und 13 Jahre alt war, an einer Opus-Dei-Schule im Norden Spaniens von seinem Religionslehrer sexuell missbraucht. Der Lehrer, der 2020 zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde, war Opus-Dei-Mitglied. Noch nach dem Urteil teilte die Schulleitung öffentlich mit, man glaube weiterhin an seine „Unschuld“. Die Glaubwürdigkeit des Opfers zog sie hingegen auch nach dem Richterspruch noch in Zweifel.

„Das ist, als würde man einen Fuchs schicken, damit er sich um die Hühner kümmert.“

Für Ana Cuevas, die sich selbst als katholisch und gläubig bezeichnet, wurde ihr Sohn dadurch ein zweites Mal zum Opfer. Und nun soll ausgerechnet ein Anwalt, der selbst Mitglied des Opus Dei ist, die Missbrauchsfälle in Spanien untersuchen? „Das ist, als würde man einen Fuchs schicken, damit er sich um die Hühner kümmert“, sagt Cuevas, und es ist keine Ironie in ihrer Stimme, als sie das sagt. Cremades und seinen Kollegen fehle nicht nur die Erfahrung im Umgang mit Fällen von sexuellem Missbrauch, sondern auch der Respekt, sagt Cuevas. „Sie haben an die betroffenen Familien kaufmännische Formulare geschickt, in denen war die ganze Zeit von „Geschädigten“ die Rede, nie von Opfern.“ Wenn sie ihren Sohn nun ins Büro eines Opus-Dei-Mitglieds zur Aussage bringen müsste, hätte sie das Gefühl, ihn „zur Schlachtbank führen“ zu müssen.

Cremades reagiert auf Fragen nach seinem Opus-Dei-Hintergrund verständnisvoll: „Natürlich werden wir auch die Prälaten des Opus Dei und die Schulen des Opus Dei untersuchen“, sagt der Rechtsanwalt. Für ihn sei diese Untersuchung „vielleicht der schwierigste Auftrag meines Lebens. Als Katholik bin ich sehr interessiert daran, dass die katholische Kirche das richtig macht. Die einzige Lösung für die Kirche ist die Wahrheit.“ Das Opus Dei sei für ihn „wie ein Fitnessstudio für meine Spiritualität“. Es helfe ihm dabei zu versuchen, „ein echtes katholisches Leben zu führen“. Die Gründer von „Infancia Robada“ könnten sich außerdem jederzeit an andere Mitglieder der Kommission wenden. „In unserer Untersuchungskommission sind vielleicht 50 Prozent nicht katholisch“, so Cremades. „Wir haben keine eindeutige politische oder kirchenpolitische Richtung.“

An dieser Haltung hat allerdings einer von Cremades' Mitarbeitern, der Jurist Alfred Dagnino, zuletzt Zweifel aufkommen lassen: Er warf der parallel arbeitenden, staatlichen Kommission „Rassismus“ vor, weil sie nur die Kirche untersuche. Cremades bemühte sich um Schadensbegren-



Pilger während der Karwoche in Sevilla. Die katholische Kirche ist in der spanischen Gesellschaft tief verankert. FOTO: CRISTINA QUICLER/AFP

zung. Dagnino sei nicht Sprecher der Arbeitsgruppe, es gebe darin eben auch Menschen, die der Kirche näher stehen – Dagnino sei einer von ihnen.

Interessant wird am Ende, welche Ergebnisse die spanische Studie zutage fördert: Wird es ein reines Zahlenwerk, oder werden Fragen nach systemischen Faktoren beantwortet? Letzteres eher nicht, sagt Cremades: „Wir liefern zunächst nur die Fakten, die Forensik. Fragen nach dem Zölibat oder anderen Strukturen werden wir nicht beantworten, wir werden kein drittes Vatikanisches Konzil machen.“

„Wir waren immer dafür, dass die Kirche Teil der Aufklärungskommission ist, denn der Wandel muss aus der Kirche selbst kommen“, sagt Betroffenenvertreterin Cuevas. Von Cremades' Untersuchung erwartet sie diesen Wandel nicht. Doch sie hat auch Hoffnung: Die staatliche Aufklärungskommission, die die breite Unterstützung sämtlicher Parteien im Parlament mit Ausnahme der rechtsradikalen Vox genießt, sei vielversprechend. Sie stehe nicht im Verdacht, allzu kirchennah zu sein. Wie es besser geht, mache außerdem das Nachbarland Portugal vor, sagt Cuevas.

Die dort seit Anfang des Jahres laufende Untersuchung hat größeren Rückhalt in Politik und Gesellschaft, in der Untersuchungskommission sitzt unter anderem ein ehemaliger Justizminister. Geleitet wird sie vom renommierten Kinderpsychiater Pedro Strecht, der ebenfalls zu den externen Beratern des Cremades-Gutachtens gehört. Strecht kann auf die Unterstützung des portugiesischen Parlaments zählen und rief am Freitag die Abgeordneten dazu auf, sie mögen in ihren Wahlkreisen die Menschen für das Thema sensibilisieren, damit noch mehr Opfer den Mut aufbrächten, sich an seine Kommission zu wenden.

Bisher sind in Portugal 326 Fälle von Missbrauch bekannt, 16 davon wurden der Staatsanwaltschaft übergeben. Psychiater Strecht geht es aber nicht nur darum, Fallzahlen zu erheben, er will auch an die Ursachen und die Strukturen, die den Missbrauch und dessen Verheimlichung ermöglichen haben. Erst in der vergangenen Woche wurde bekannt, dass zwei Lissabener Kardinäle offenbar verhindert hatten, dass ein Missbrauchsfall aus dem Jahr 1999 an die Öffentlichkeit gelangte.

Erster Stimmungstest zum US-Abtreibungsrecht

Republikaner in Kansas hoffen auf eine Verschärfung

Washington – In normalen Zeiten interessiert sich kein Schwein für Kansas. Knapp drei Millionen Menschen leben dort auf einer Fläche halb so groß wie Deutschland, mitten in den USA, weshalb sich der Bundesstaat selbst als „America's Heartland“ bezeichnet. Die meisten Amerikaner sehen Kansas allerdings vor allem als einen *jeneflyover states*, die die Reise von der einen zur anderen Küste mit ihren endlosen Weizen-, Mais- und Sojafeldern so furchtbar lang werden lassen. Das Land erscheint deshalb als herzlich uninteressant.

Eine Ausnahme aber gibt es: Wenn in den USA die Debatte um Abtreibungen hochkocht, steht auch Kansas immer irgendwie im Mittelpunkt. 1991 protestierten Abtreibungsgegner aus dem ganzen Land in der Hauptstadt Wichita, 1993 verletzte eine Extremistin den Arzt George Tiller dort mit mehreren Schüssen, weil er Abtreibungen vornahm, 2009 wurde Tiller von einem Extremisten mit einem Kopfschuss ermordet.

Jetzt gerade taucht Kansas plötzlich wieder in den Schlagzeilen der nationalen Medien auf, und wieder ist es wegen des Rechts auf Abtreibung. Am Dienstag können sich die Stimmberechtigten dort dazu äußern. Es ist die erste Volksabstimmung zum Thema, seit das Oberste Gericht am 24. Juni das Recht auf Abtreibung auf nationaler Ebene abgeschafft hat. Die Richter waren zu dem Schluss gekommen, dass dieses Recht nicht existiere, weil die amerikanische Verfassung Abtreibungen nicht erwähne.

In Kansas entfaltete das Urteil aus Washington keine unmittelbaren Folgen, weil die Richter am höchsten Gericht des Bundesstaats 2019 zum gegenteiligen Schluss gekommen waren: Die Verfassung von Kansas garantiere ein Recht auf Abtreibung, obwohl die in dem Text von 1861 selbstredend ebenfalls nicht vorkommt.

Das Urteil missfiel den Republikanern, die in Kansas beide Parlamentskammern, jedoch nicht das Gouverneursamt kontrollieren. Sie setzten im Parlament eine Änderung der Verfassung des Bundesstaats durch, welche das Recht auf Abtreibung wieder streichen würde. Nun steht eine Volksabstimmung dazu bevor. Die Änderung würde einzig dafür sorgen, dass die Parlamentskammern Einschränkungen für Abtreibungen erlassen dürfen. Vorerst würde alles bleiben, wie es ist.

Aber natürlich nicht lange, wenn es nach den Republikanern geht. Vor der Abstimmung versuchen sie in Fernsehwerbepots, die Tragweite der Verfassungsnotwendigkeit herunterzuspielen: Es gehe nur darum, der „Abtreibungsindustrie“ Regeln aufzuerlegen, die dem gesunden Menschenverstand entsprächen. Heute gebe es keinerlei Einschränkungen für Abtreibungen.

Das entspricht allerdings nicht der Wahrheit. Legal sind Schwangerschaftsabbrüche in Kansas bis zur 22. Woche, später nur dann, wenn der Schwangerschaftsdiagnose gesundheitliche Schäden drohen. Schon heute darf der Staat keine Gelder für Abtreibungen ausgeben.

Doch es bestehen kaum Zweifel: Kommt die Verfassungsänderung durch, werden die Republikaner bei der nächsten Gelegenheit in beiden Parlamentskammern ein Abtreibungsverbot einbringen. Senator Roger Marshall, einer der prominentesten und zugleich umstrittensten Verfechter der Vorlage, hat schon mehrfach gesagt, sein Ziel sei ein Verbot; jüngst verglich er Abtreibungen mit den Angriffen Russlands auf die Ukrainerinnen und Ukrainer. Ashley All, die Sprecherin der Gruppe „Kansans for Constitutional Freedom“, sagte der *Washington Post*: „Die Verfassungsänderung wird dem Staat die Kontrolle über unsere privaten medizinischen Entscheidungen verleihen, und sie ebnet den Weg für ein totales Verbot von Abtreibungen.“

Beiden Lagern fließen Gelder aus dem ganzen Land zu

Das Misstrauen gegenüber den Republikanern erscheint als gerechtfertigt, nachdem sie mit allerlei Tricks probiert haben, ihrer Seite Vorteile für die Abstimmung zu verschaffen. So haben sie diese nicht auf den allgemeinen Wahltermin vom 8. November gesetzt, sondern auf den Vorwahltermin vom 2. August. An Vorwahlen dürfen nur registrierte Parteiwähler teilnehmen, an der Abstimmung zur Verfassungsänderung alle. Offenbar hoffen die Republikaner, dass viele gar nicht mitbekommen, dass sie zumindest bei einer der zwei Abstimmungen mitmachen dürften. Zudem hält eine neue Strafbestimmung vor allem demokratisch gesinnte Gruppen davon ab, neue Wähler davon zu überzeugen, sich registrieren zu lassen.

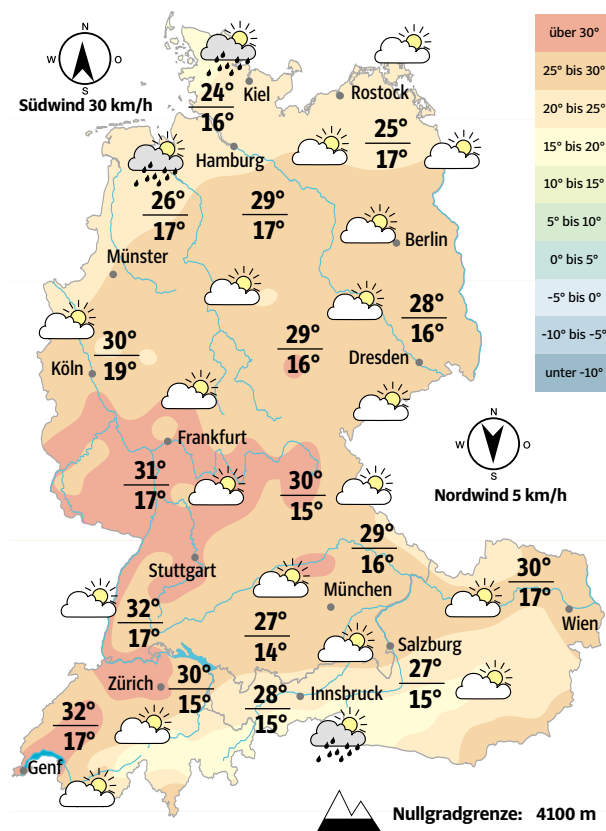
Schließlich haben es die Republikaner auch geschafft, dass die Abstimmungsfrage schwer verständlich ist. Wer das Recht auf Abtreibung beibehalten will, muss mit „Nein“ stimmen, mit „Ja“ hingegen, wer es abschaffen will. Solche Ausgangslagen führen oft zu Verwirrung, wie sich etwa an Schweizerinnen und Schweizern beobachten lässt, die mit Referenden schließlich viel Erfahrung haben.

Beiden Lagern fließen nun Gelder aus dem ganzen Land zu. Sechs Millionen Dollar hat die Pro-Life-Seite gesammelt, mehr als die Hälfte davon von katholischen Organisationen, mehr als sieben Millionen Dollar hat die Gegenseite erhalten. In Umfragen haben die Abtreibungsgegner einen leichten Vorsprung, vieles spricht dafür, dass die Verfassungsänderung angenommen wird.

Das hätte Signalwirkung für die Vereinigten Staaten insgesamt. Knapp zwei Drittel der Amerikanerinnen und Amerikaner befürworten zwar ein Recht auf Abtreibung, doch dürfte Kansas den Beweis dafür erbringen, wie schwer es sich dieser Mehrheit machen lässt, ihre Stimme unverfälscht zur Geltung zu bringen.

Im November stehen gleich vier weitere Abstimmungen zu dem Thema an. Kalifornien und Vermont, Bastionen der Liberalen, wollen ein Recht auf Abtreibung in ihre Verfassungen schreiben, Kentucky hingegen will ausdrücklich festhalten, dass es kein solches Recht in der Verfassung gibt. In Montana wiederum steht ein Gesetz zur Debatte, das Ärzte verpflichtet, das Leben von Babys zu retten, wenn eine Abtreibung fehlschlägt. FABIAN FELLMANN

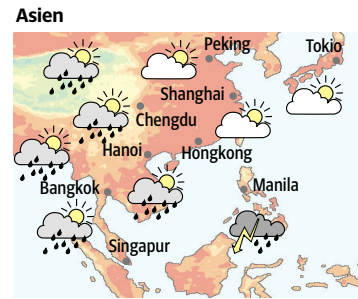
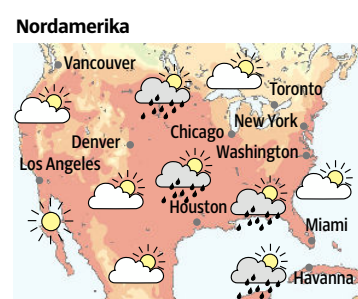
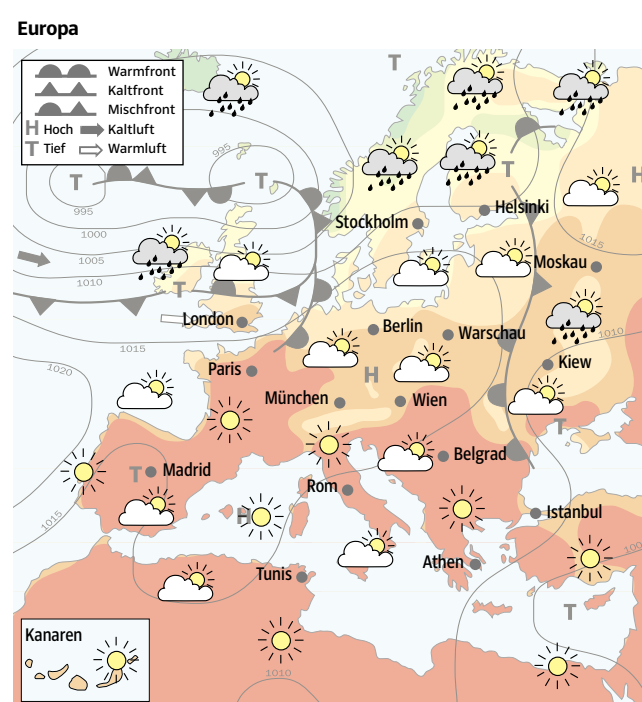
DAS WETTER



Im Nordwesten und Norden Regen, sonst freundlicher

Wetterlage
In Mitteleuropa herrscht im Norden vereinzelt wechselhaftes, sonst sommerlich warmes und trockenes Wetter. Schauer oder Gewitter gibt es im Nordwesten, im Norden sowie in den Alpen. Auf den Britischen Inseln fällt gebietsweise Regen. Freundliches und hochsommerlich heißes Wetter findet man in den Urlaubsländern rund um das Mittelmeer. An den Küsten liegen die Temperaturen am Nachmittag bei 28 bis 36 Grad, in der Südtürkei bei 36 bis 39 Grad.

Aussichten
Im Tagesverlauf ziehen über den Norden dichte Wolken. Im äußersten Nordwesten und Norden fällt nachmittags Regen oder Sprühregen. Der Regen zieht bis zum Abend bis zur Lübecker Bucht. Sonst wechseln sich nach Auflösung örtlicher Nebelfelder Sonne und Wolken ab, und es bleibt meist trocken. Die Höchstwerte liegen im Norden bei 21 bis 28 Grad, sonst bei 27 bis 33 Grad. Dabei weht ein schwacher, im Norden auch mäßiger Wind aus Süd bis West.



Urlaubsorte	Luft	Wasser
Helgoland	21°	16°
Rügen	24°	19°
Sylt	21°	18°
Agadir	32°	22°
Antalya	34°	27°
Heraklion	31°	24°
Malaga	32°	21°
Palermo	30°	28°
Rimini	30°	27°
Tunis	34°	26°
Las Palmas	31°	27°
Zypern	33°	27°
Mallorca	35°	25°

Quelle: www.wetterkontor.de

Weltwetter	heute
Abu Dhabi	Schauer 45°
Bangkok	Schauer 33°
Bogota	Schauer 14°
Boston	wolkig 34°
Buenos Aires	wolkig 18°
Chicago	Schauer 33°
Delhi	Schauer 37°
Denver	Schauer 32°
Dom. Republik	Schauer 33°
Havanna	Schauer 34°
Hongkong	Schauer 33°
Houston	wolkig 38°
Jakarta	Schauer 30°
Jerusalem	sonnig 30°
Johannesburg	wolkig 16°
Kabul	Schauer 26°
Kairo	heiter 39°
Kuwait	wolkig 42°
La Paz/Bol.	Schauer 16°
Lima	wolkig 18°
Madagaskar	heiter 26°
Malediven	Schauer 29°
Manila	Gewitter 30°
Mekka	wolkig 37°
Mexiko-Stadt	wolkig 22°
Miami	Schauer 28°
Montreal	Schauer 24°
Mumbai	Schauer 31°
Nairobi	wolkig 18°
New York	wolkig 35°
Panama	Schauer 31°
Peking	wolkig 38°
Perth	Regen 13°
Riad	wolkig 39°
Rio de Janeiro	wolkig 25°
San Francisco	wolkig 24°
Singapur	Schauer 31°
Sydney	wolkig 18°
Teheran	sonnig 37°
Tel Aviv	sonnig 35°
Tokio	wolkig 31°
Vancouver	wolkig 25°
Washington	wolkig 34°

Spitzensport in München

Neun Sportarten und 50 Entscheidungen – Europäische Berichterstattung im August
Europäer Championships im August

Täglich 12 Wochen für 99,90 €
Wochenende 12 Wochenenden für 49,90 €

Jetzt bestellen:
sz.de/em-2022 ☎ 089 / 21 83 99 27

Ein Aktionsangebot der Süddeutsche Zeitung GmbH
Hultschiner Str. 8 · 81677 München

Süddeutsche Zeitung